Pressemeldung

Streitfall Primarschule: Behörde verschleiert fehlende Raumkapazitäten – mehr als 7.700 Schüler ohne Dach über dem Kopf

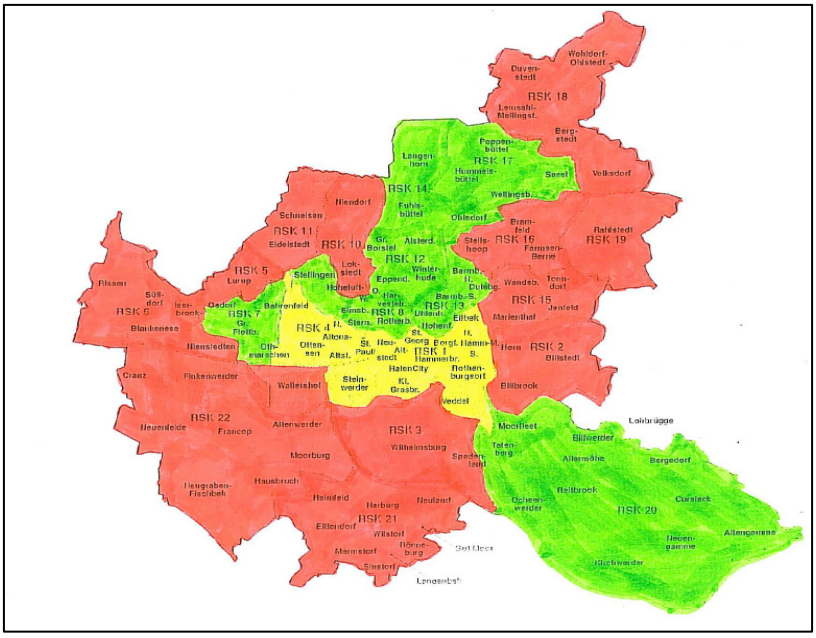
Hamburg, 10. Dezember 2008 – In der gerade abgeschlossenen Runde der sog. Regionalen Schulentwicklungskonferenzen (RSK) hat die Schulbehörde gegenüber den Teilnehmern verschwiegen, dass nach den der Schulbehörde vom Statistischen Landesamt mitgeteilten Zahlen für mindestens 7.700 Schüler keine Unterrichtsräume mehr vorhanden wären.

Nach dem Zahlenmaterial, dass der Volksinitiative „'Wir wollen lernen!'" für den Erhalt der Hamburger Gymnasien und weiterführenden Schulen ab Klasse 5" vorliegt, und einer internen Auswertung der Schulbehörde gibt es in den Hamburger Schulgebäuden keine Klassenräume für alle Schüler, falls man die Schüler tatsächlich im August 2010 auf Primarschulen des neuen Zuschnitts, Stadtteilschulen und Gymnasien aufteilen würde. Mindestens 77 Klassenzüge mit jeweils rund 100 Schülern, also **mindesten 7.700 Schüler säßen auf der Straße. „Das entspricht der Einwohnerzahl des Stadtteils Sternschanze"** kommentiert Ralf Sielmann, Elternratsvorsitzender am Charlotte-Paulsen-Gymnasium in Wandsbek und einer der Vertrauensleute der Volksinitiative, diese Zahlen.

„Das Vorgehen der von Senatorin Goetsch eingesetzten Planungsgruppe ist besorgniserregend. **Obwohl die Behörde alle Zahlen kennt, hat sie den Teilnehmern der 22 RSK jeweils nur die Zahlen zu ihrer eigenen Region gegeben**, so dass die RSK-Teilnehmer das ganze Ausmaß nicht überblicken können. Erst die von uns als Reaktion auf viele Beschwerden aus den RSK durchgeführte Auswertung der Zahlen aus allen Regionen hat aufgedeckt, dass es in vielen Regionen nicht genug Klassenräume gibt." erläutert Sielmann weiter. „**Es fehlen insgesamt deutlich mehr als 300 Klassenräume!** Die Behörde muss also entweder Hunderte von Unterrichts-Containern anmieten oder neue Schulgebäude bauen. Das ist in der Kürze der Zeit bis zum August 2010 gar nicht möglich." so Sielmann.

Hoch brisant ist deshalb die regionale Auswertung der vorhandenen Raumkapazitäten in den Stadtteilen (siehe Anlage): Vor allem im Hamburger Süden, darunter Neugraben, Harburg, Wilhelmsburg, und im Osten (Wandsbek, Rahlstedt, Billstedt) herrscht eine dramatische Unterversorgung mit Klassenräumen, würde das Primarschul-Modell umgesetzt. Nicht einmal in der Hälfte der insgesamt 22 Regionen entspricht der Raumbedarf den vorhandenen Unterrichtsräumen (Hamburg-Mitte und

Altona/Bahrenfeld) oder ist die vorhandene Raumkapazität geringfügig größer als der Bedarf (z. B. in Eppendorf, Eimsbüttel, Poppenbüttel und Bergedorf). „Allein in Billstedt würden Klassenräume für mindestens 2.000 Schüler fehlen“ kommentiert Sielmann das Ergebnis der Auswertung. „**Die Behörde setzt offenbar darauf, dass die Schüler künftig lange Fahrwege in Kauf nehmen und Schüler aus Billstedt oder Rahlstedt künftig nach Bergedorf oder Winterhude fahren**.“



Graphik: Mindestens 7.700 Schüler aus den roten markierten Regionen müssen sich neue Klassen in den grünen Regionen suchen

Dafür spricht auch die Äußerung eines verantwortlichen Mitarbeiters der Behörde (Name ist der Volksinitiative bekannt), der auf Nachfrage bestätigt hat: „Zuerst müssen die kleinen Schüler auf die Primarschulen aufgeteilt werden. Die älteren Schüler können auch längere Fahrzeiten ertragen.“.

Die 12 Regionen mit unzureichenden Kapazitäten sind in der anliegenden Tabelle und Graphik rot markiert, Regionen, in denen die vorhandenen Räume gerade ausreichen, sind gelb, Regionen mit geringen Raumüberhängen sind grün markiert.

Hintergrund:

Die Volksinitiative „Wir wollen lernen!“ wurde im Mai 2008 als Reaktion auf die Pläne der Hamburger Koalitionsparteien GAL und CDU ins Leben gerufen. Sie setzt sich für den Erhalt der Hamburger Gymnasien und anderen weiterführenden Schulen ab Klasse 5 und für die Verbindlichkeit des Elternwillens bei der Wahl der Schulform ein.

Fachliche Unterstützung erhält die Volksinitiative unter anderem vom **Deutschen Lehrerverband**, der **mit über 160.000 Mitgliedern** in seinen Verbänden **größten Lehrerorganisation** in Deutschland außerhalb der Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), darunter auch der **Verband Deutscher Realschullehrer** (VDR), die Dachorganisation der Realschullehrerverbände auf Länderebene.

Ansprechpartner für Rückfragen:

Dr. Walter Scheuerl

Tel.: +49 (0)40 359 22-270
Mobil: +49 (0)172 43 53 741
Fax: +49 (0) 40 359 22-234
E-mail: walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de
Internet: www.wir-wollen-lernen.de